

Stellungnahme zu Studiengebühren für nicht-EU  
Studierende in NRW

Fachschaft Mathematik/Informatik (FSMI)  
der Universität Paderborn (UPB)

23. Januar 2018

Die Fachschaft Mathematik/Informatik (FSMI) lehnt Studiengebühren für ausländische Studierende ab. Die Situation für ausländische Studierende ist schon von großen Herausforderungen geprägt: Es gibt viele bürokratische Hürden, die Eingewöhnung ins Studium und auch das Ankommen in Deutschland als neuer Heimat. Für viele Studierende ist es bereits ohne Studiengebühren schwierig, sich ein Studium in Deutschland zu finanzieren.

Die Studiengebühren haben eine ausgrenzende Wirkung für Studierende von außerhalb der EU. Wir wollen eine internationale Universität, denn die verschiedenen Lebenswelten und -erfahrungen bereichern alle Studierenden. Es kann heute keine deutsche oder EU-Universität mehr geben. Die von der Politik immer wieder postulierte Globalisierung ist an den Universitäten gelebter Alltag. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die beschriebene „Globalisierung“ in der Politik nur als Globalisierung der Konzerne und nicht als Globalisierung der Menschen verstanden wird. Doch wir wollen keine Zäune oder Mauern.

Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer treffen den Studiengang Master Informatik der UPB massiv: Viele Studierende dieses Masterstudiengangs kommen von außerhalb der EU, denn der Studiengang Master Informatik der UPB ist als internationaler Studiengang ausgelegt. So ist es auch nicht verwunderlich, dass es möglich ist, diesen Studiengang ohne deutsche Sprachkenntnisse zu absolvieren. Im Gegenteil sind hier gute Kenntnisse der Fachsprache Englisch zwingend erforderlich.

Die wahltaktische Diskussion alleine hat viele Studierende verängstigt. Wir als Vertreter der Studierenden im Fachbereich Mathematik/Informatik werden gefragt, ob man sich überhaupt noch für das nächste Semester zurückmelden soll.

Bildung ist ein Menschenrecht. Menschenrechte enden nicht an Grenzen. Studierenden, die sich sonst ein Studium nicht leisten könnten, ein Studium zu ermöglichen, unabhängig von ihrer Herkunft, ist ein einfaches und im Vergleich kostengünstiges Werkzeug einer rundweg positiv besetzten Außenpolitik.

Zu bedenken ist auch: Für die Lehre suchen wir die besten Dozenten auf der ganzen Welt: Dozenten, deren Forschung die UPB ergänzt und in der internationalen Wahrnehmung stärkt. Dozenten, die sich auch in der Lehre durch überzeugende Veranstaltungen hervortun. Welches Signal sendet hier eine Gebührenmauer für Studierende aus?

Mitte November haben wir auf unserer Homepage aufgerufen, an der Demonstration gegen Studiengebühren am 21.11.2017 in Düsseldorf teilzunehmen. Diese wurde vom Landes-Asten-Treffen (LAT) Nordrhein-Westfalen einberufen. Im Blog des LATs (<http://latnrw.de/lat-blog/nein-zu-studiengebuehren/>) sind weitere Argumente gegen Studiengebühren für ausländische Studierende zu finden. Weiterhin haben wir den CDU-Abgeordneten Daniel Sieveke, im Landtag mit Direktmandat der Stadt Paderborn, kontaktiert: Eine Stellungnahme seines Büros liegt bei.

Wir werden das Thema weiterverfolgen und uns dafür einsetzen, dass alle Studierenden gerecht behandelt werden.

Anlage: Mail Büro Sieveke, MDL Paderborn-Stadt (CDU)

Betreff: Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer  
Datum: Fri, 17 Nov 2017 10:26:28 +0000  
Von: Hartwig.Hoeschen@landtag.nrw.de  
An: oliver.rabe@gmail.com

Sehr geehrter Herr Rabe,

dieses Vorhaben von CDU und FDP erläutert der Koalitionsvertrag wie folgt:

Es geht also tatsächlich darum, die nach Abzug der Ausnahmeregelungen verbleibende Gruppe ausländischer Studierender an den Kosten der staatlichen NRW-Hochschullandschaft zu beteiligen, die diese ggf. nutzen möchten.

Da die Orientierung an dem Baden-Württemberger-Modell vorgesehen ist, hier der Link zu mehr Detailinformationen wie eine Ausgestaltung konkret aussehen kann:

<https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/hochschulen-studium/studienfinanzierung/gebuehren-fuer-internationale-studierende-und-zweitstudium/>

Dort sind die Zahlen der ausländischen Studierenden nun wie erwartet zurückgegangen, was aber natürlich ökonomischer Logik entspricht: <https://www.waz.de/politik/weniger-studenten-aus-dem-ausland-id212541501.html> Gleichzeitig sind aber offenbar auch um die 75 % der betroffenen Studierenden bereit, Gebühren zu entrichten. Sicherlich ebenfalls nicht verwunderlich, da Studiengebühren, insbesondere für Bildungsausländer, international nichts Außergewöhnliches darstellen. Es ergibt sich also ein nicht zu vernachlässigendes finanzielles Potenzial für die Weiterentwicklung der Bildungsqualität in NRW mit Hilfe dieser Einnahmen und die NRW-Landesregierung hat vor, diese Mittel in vollem Umfang auch dafür einzusetzen.

Wir bedanken uns für Ihre Frage, sie sollte aber vielmehr heißen: Warum sollte man das nicht wollen? Sollen inländische Steuerzahler das kostenlose Hochschulstudium für Studierende aus anderen Teilen der Welt finanzieren, während unsere Bildungsinländer (das schließt auch Ausländer mit Abi-Abschluss in Deutschland ein!) weiterhin etliches Verbesserungspotenzial ihrer Studienbedingungen beklagen müssen?

Freundliche Grüße

Hartwig Hoeschen, Diplom-Kaufmann (BWL), M.Sc. (BWL/VWL)  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter Büro \*Daniel Sieveke MdL\*  
0151/29127597  
[hartwig.hoeschen@landtag.nrw.de](mailto:hartwig.hoeschen@landtag.nrw.de) <<mailto:hartwig.hoeschen@landtag.nrw.de>>